

Arbeiterpolitik

7. Jahrgang Nr. 9

Stuttgart, den 8. Mai 1954

30 Pfennig

Herr Pahl ist nicht gegangen worden

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir in Nr. 3 der ARPO dieses Jahrgangs aus der „Frankfurter Rundschau“ zitierten, die einige aufschlußreiche Auszüge aus dem literarischen Treiben Herrn Pahl's in den Nazi-jahren abdruckte. Am 26. Januar erschien dann im selben Organ eine Meldung „aus gutunterrichteter Quelle“, wonach der Bundesausschuß des DGB beschlossen habe, Pahl „überhaupt nicht mehr im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes tätig werden zu lassen“ und ihm den freiwilligen Rücktritt von der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ nahegelegt habe. Man nahm allgemein an, daß dieser Beschluß durchgeführt worden sei, zumal der Name Pahl aus den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ verschwand.

Diese Annahme erwies sich indessen als trügerisch, offenbar hat Pahl im DGB mehr zu melden als der Bundesausschuß. Ruchbar wurden die Vorgänge durch eine Privatklage, die der Rechtsanwalt Pahl's, Herr Dr. Curt Bley aus Hamburg, gegen den Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Karl Gerold, richtete. Der Text dieser Privatklage zirkuliert in einem beschränkten Kreis und ist schon deshalb aufschlußreich, weil aus ihm hervorgeht, daß Pahl, als Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ weder zurückgetreten ist noch freiwillig abgedankt hat. Vielmehr heißt es in der vom 29. März datierten Privatklage, daß Pahl

„als Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte in einer politisch exponierten Stellung tätig ist. Äußere Folgen des Artikels sind auch insofern bereits eingetreten, als der Beschuldigte auf einen Beschluß des Bundesvorstandes des DGB hin auf die Mitteilung seines Namens als Chefredakteur im Impressum der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ verzichten mußte.

Angesichts der scharfen Angriffe des Beschuldigten muß der Privatkläger mit einer Kündigung seiner Chefredakteurstellung rechnen, falls sich die Angriffe als wahr herausstellen sollten.“

Wie man sieht, verschwand der Name, aber nicht die Person Pahl's aus den Monatsheften. Ja, es kommt noch schöner: „Der Bundesvorstand des DGB hat dem Privatkläger Rechtsschutz zugebilligt.“ Der Bundesvorstand, weit davon entfernt dem Beschluß des Bundesausschusses nachzukommen, zahlt aus den Groschen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Prozeßkosten für Pahl gegen die „Frankfurter Rundschau“, die das Verbrechen beging, einige Stülblüten aus den Publikationen Pahl's in der Nazizeit zu bringen.

Der Grund für das skandalöse Verhalten des Bundesvorstandes ist ebenso einfach wie bezeichnend. Mit Pahl steht und fällt das schamhafte Totschweigen der elenden Rolle des seinerzeitigen Vorstandes des ADGB gegenüber den Nazis. Und daß der Fall Pahl eng verknüpft ist mit der Politik des ADGB im Jahre 1933, das beweist der Text der Privatklage. Schon im Begleitbrief des Rechtsanwaltes Bley vom 6. April 1954 an Karl Gerold wird ganz offen gesagt:

„Wie aus dem anliegenden Schriftsatz hervorgeht, werden die Beschlüsse des Bundesvorstandes des ADGB zum 1. Mai 1933 eine wesentliche Rolle bei der Durchführung des Verfahrens vor Gericht spielen. Ich möchte Ihnen die Entscheidung darüber überlassen, ob die Vorgänge um den 1. Mai 1933, was die Gewerkschaftspolitik anbelangt, zum Gegenstand eines Gerichtsverfahrens gemacht werden sollen.“

In der Hoffnung auf eine im politischen Interesse gütliche Behandlung der Angelegenheit bin ich mit kollegialem Gruße
gez. Dr. Curt Bley.“

Im Texte der Privatklage heißt es dann:

„Der Privatkläger“ — also Pahl — „hat vielmehr unter seinem Namen in der letzten Ausgabe der „Gewerkschaftszeitung“ des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB) vom 1. 5. 1933 einen Artikel veröffentlicht, der ihm von dem Beschuldigten so ausgelegt wird, als habe er damit „zu den Nazis überlaufen“ wollen.“

Dieser Artikel ist jedoch im Auftrag des Bundesvorstandes des ADGB von dem Privatkläger als ausführendes Organ und auf Anweisung des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Gewerkschaften, Theodor Leipart, geschrieben worden. Ich überreiche hierzu den Brief des einzigen Überlebenden des früheren Bundesvorstandes des ADGB, Herrn Franz Spliedt, den er in dieser Frage am 30. 3. 1950 an den Nachkriegsvorsitzenden des DGB, Herrn Dr. h. c. Hans Böckler, geschrieben hat in beglaubigter Abschrift als Anlage 3. Aus dem Brief geht hervor, daß der ADGB den Versuch unternommen hat, die Gewerkschaften als selbständige Organisation auch nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten. Bereits am 19. 4. 1933 erließ der ADGB eine Erklärung, die die Mitglieder aufforderte,

„sich im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat, sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.“

Theodor Leipart hat daraufhin den Privatkläger aufgefordert, den Grundgedanken der Gewerkschaftspolitik in der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus der Öffentlichkeit zu erläutern, wonach die Gewerkschaften neben, nicht unter der Naziregierung arbeiten wollten. Franz Spliedt bekundet in seinem Schreiben an Dr. h. c. Böckler:

„Aus dieser Situation heraus muß ebenso der Artikel von Pahl wie auch die Haltung des Vorstandes verstanden werden. Er faßt die damals im Bundeshaus herrschende, wenn auch nicht völlig einheitliche Auffassung zusammen. Die entscheidenden Voraussetzungen für diesen Artikel waren die Beschlüsse

des Bundesvorstandes zur Frage des 1. Mai. Wenn es hier eine Verantwortung gibt, dann ist es die Politik des Bundesvorstandes, die Pahl mit seinem Artikel unterstützte.“

Die Bedeutung dieses Auszuges liegt darin, daß sie einer Klage entnommen ist, hinter der der Bundesvorstand des heutigen DGB steht. Mit anderen Worten: Der Bundesvorstand des DGB deckt politisch seinen Vorgänger von 1933, der die Arbeiter aufforderte, mit den Nazis gemeinsam den 1. Mai zu feiern, als tausende der besten Arbeiterfunktionäre in den Konzentrationslagern und SA-Lokalen totgeschlagen wurden. Und das ist gleichzeitig die denkbar schärfste Kritik der heutigen Politik des DGB und seines Bundesvorstandes.

Selbstverständlich wußten die Spitzen des DGB, wer Pahl ist und was er in den Nazijahren getrieben hat. Am 26. Januar 1954 schrieb Franz Spliedt einen Brief an Walter Freitag, worin es hieß:

„Wir haben uns vor seiner Berufung als Redakteur eingehend mit den gegen ihn gemachten Vorwürfen beschäftigt, desgleichen später auch der Vorstand des DGB. Pahl wurde dann im Januar 1951 sogar die ausdrückliche Zeichnungsberechtigung für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ im Einvernehmen mit Hans Böckler zuerkannt. Damit sollte ihm auch die Anerkennung für die bis dahin geleistete Arbeit ausgesprochen werden. Es gab also in Pahl's Arbeiten nichts, das den Verantwortlichen des DGB nicht längst schon bekannt war. Konnte er die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ als Redakteur führen, so deshalb, weil die Durchforschung seiner Arbeiten während der Nazizeit nichts ergab, das ihn für uns diffamierte. Gewisse Konzessionen an den damaligen Jargon konnte Pahl nicht umgehen, wenn er von seinen Büchern leben wollte.“

Es ist wirklich nicht der Mühe wert, im einzelnen die „Beweise“ zu untersuchen, die der Herr Verteidiger anführt, um seinen Schutzbefohlenen zu entlasten. Sie sind vielleicht für ein bürgerliches Gericht maßgebend, nicht aber für die Arbeiterbewegung. Einerlei ob es sich um die „zeitweise Emigration“ Pahl's handelt, wie sein Aufenthalt zwischen 1933 und 1935 in England genannt wird oder um „gewisse Konzessionen an den damaligen Jargon“, fest steht, daß Herr Pahl im Nazireiche 8 Bücher über weltpolitische Themen veröffentlichen konnte, was wohl hinreicht, um sich über ihn ein politisches Urteil zu bilden.

Aber selbst wenn man diese Vorbehalte und Auslegungskunststückchen ernst nehmen wollte, so erweisen sie sich durchwegs als brüchig. Die „Frankfurter Rundschau“ hat aus Pahl's Schriften zitiert, die schwarz auf weiß vorliegen und woran nichts zu rütteln ist. Die Klage operiert deshalb mit „Beweisen“, die letzten Endes nur das Gegenteil dessen ergeben, was sie beweisen sollten. Es heißt da beispielsweise:

„Es ist im Hinblick auf die Bewertung der Publikationen als wesentlich hinzuzufügen, daß der Privatkläger nur etwa bis zur 3. Auflage seiner Bücher die Ergänzungen selbst vornahm. Nach seiner Einziehung zum Militärdienst hatte er keine Gelegenheit mehr, die Zusätze und Ergänzungen, die im Hinblick auf die weiterlaufende politische Entwicklung sehr umfangreich waren, selbst vorzunehmen, sondern im allgemeinen übernahm dies das Lektorat des Verlages nach einer allgemeinen Verständigung mit dem Privatkläger ... Die Bücher des Privatklägers wurden sogar teilweise verboten.“

Die Person Pahl's ist in dieser Angelegenheit mehr oder minder nebensächlich geworden. Seine persönlichen Rechtfertigungsversuche wird man weiter kaum ernst nehmen. Was hier von Bedeutung ist, das ist die Gewerkschaftspolitik des Bundesvorstandes, der mit Pahl

die fruchtlosen Anbiederungsversuche seines Vorgängers an die Nazis verteidigt. Wie es in den Köpfen dieser Leute aussieht, kann man an folgendem „Argument“ erkennen:

„Die Frage des Verhaltens des Privatklägers am 1. 5. 1933 ist für die Beurteilung seiner politischen Persönlichkeit von entscheidender Bedeutung. Die Abfassung des Artikels im Auftrage des Bundesvorstandes des ADGB schützt den Privatkläger vor jedem Verdacht, „zu den Nazis übergelaufen“ zu sein. Insofern als der Privatkläger als Organ des Bundesvorstandes des ADGB handelte, ist insbesondere die Behauptung des Beschuldigten, Pahl sei „zu den Feinden der Gewerkschaften mit fliegenden Fahnen“ übergelaufen, als beleidigend und verleumderisch zurückzuweisen.“

Pahl ist also nach dieser famosen Logik nicht zu den Nazis übergelaufen, weil ... der Bundesvorstand des ADGB ihm dazu den Auftrag gab.

Der Fall Pahl ist symptomatisch für den Zustand der deutschen Gewerkschaftsspitzen und gerade heute von großer Bedeutung für alle Gewerkschaftskollegen. Der Bundesvorstand des DGB arbeitet systematisch an der Einordnung der Gewerkschaften in die Adenauer-Politik. Statt die Vorstöße der christlichen Elemente zurückzuweisen, wie es der Bundesausschuß beschlossen hatte, fördert er in Vereinbarungen und Verhandlungen ihr Vordringen, bereitet ihnen den Boden in den Gewerkschaften. Pahl hat dieser Politik in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ eifrig das Wort geredet. Der Schlag, den die „Frankfurter Rundschau“ gegen ihn führte, wird vom Bundesvorstand zurecht als Schlag gegen seine Politik empfunden. So wie die Spitzen der Gewerkschaften 1933 bereit waren, die Bewegung an ihre Todfeinde auszuliefern, so sind sie heute bereit, dem Druck der Bourgeoisie zu weichen und kampflos zu kapitulieren. Dies ist die unausweichliche Folge und letzte Konsequenz jeder Politik der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum.

So ruft der Fall Pahl nicht nur eines der schmachvollsten Kapitel der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Erinnerung, er zeigt vielmehr, wohin die Reise geht, wenn die Kollegen die bewährten Führer weiterwirtschaften lassen. Die Kollegen müssen den Skandal Pahl zusammen mit der heutigen Gewerkschaftspolitik, die ihn erst ermöglicht hat, zum Gegenstand der Auseinandersetzung mit dem Bundesvorstand des DGB machen.

Das Zitat neuen Typus

In einer Betrachtung über die Revolutionstage des Jahres 1919 entwickelt das „Neue Deutschland“, Organ des ZK der SED, eine neuartige Methode des Zitierens. Bekanntlich erschien am 13. Januar 1919 im mehrheitssozialdemokratischen „Vorwärts“ das berühmte Hetzgedicht Zicklers, dem einige Tage später der Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht folgte. Die schamlosen Zeilen haben sich Millionen deutscher Arbeiter tief ins Gedächtnis geprägt und sind in die Geschichte der deutschen Revolution eingegangen. Das „Neue Deutschland“ vom 3. März 1954 zitiert sie folgendermaßen:

„Viel Hundert Tote in einer Reih'
Karl, Rosa ... und Kumpanei,
Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!“

Wo im Original der Name Radek stand, haben die einfallsreichen Redakteure drei Punkte gesetzt. Gewiß, die Herren haben ganz anderes auf dem Kerbholz als solche Kleinigkeiten. Dennoch ist diese Leichenschändung an einem Stück deutscher Revolutionsgeschichte ein getreuer Maßstab für das, was die SED heute ist.

Weltpolitische Übersicht

Die erste Woche der Genfer Ostasien-Konferenz hat lediglich klargemacht, was wir vor ihrem Beginn aussprachen: Die Gegensätze zwischen dem von den USA geführten Weltimperialismus und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern, sind durch Verhandlungen der Regierungsvertreter nicht aus der Welt zu schaffen. Im besten Falle können Kompromisse gefunden werden, die die kriegerische Auskämpfung verzögern. Auch diese möglichen Kompromisse hängen nicht vom guten oder schlechten Willen der Verhandlungspartner ab, sondern von den realen Kräften, über welche die Gegner verfügen.

Es ist der Jammer unserer Zeit, daß keine Kraft vorhanden ist, die diese Tatsache den Zeitgenossen klarmacht. Es ist Aufgabe der Sozialisten, den Massen den Sachverhalt klarzumachen. Diese Aufgabe erfüllen die sozialistischen Parteien bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Die marxistische Methode befähigte die Führung der sozialistischen Parteien, den Arbeitern deutlich zu machen, was die Tageskämpfe von ihnen fordern. Sie befähigte sie, den Arbeitern aufzuzeigen, weshalb die kapitalistische Politik notwendig den Interessen der breiten Massen der Werktätigen, in steigendem Maße widerspricht.

In dem Maße, in dem die sozialistischen Parteien dieser Aufgabe gerecht wurden, förderten sie die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und ließen sie politische Erfahrungen sammeln, sie vermittelten ihnen das Verständnis für die Entwicklung der Gesellschaft und verschafften ihnen eine Führung, die zielstrebig an immer zahlreicheren Stellen den Hebel ansetzte, um die Arbeiter zu befähigen, die Gesellschaftsordnung, die sie zur Ausbeutung und Dummheit verurteilt, umzugestalten. So entstand innerhalb der kapitalistischen Welt gedanklich die neue, sozialistische Welt.

Es war die Furcht vor der Größe der Kämpfe und vor der Opferbereitschaft, die sie erforderten, die die sozialistische Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder im ersten und zweiten Weltkrieg zurückschrecken ließ und sie in die Gefangenschaft der Kapitalistenklasse trieb. Dieses Ausweichen schuf den Klassenkampf nicht aus der Welt. Die kapitalistische Entwicklung geht weiter und verschärft notwendig den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, auch wenn das die sozialistischen Führer leugnen und die Massen unfähig sind, sich eine neue zielklare Führung für ihren Klassenkampf zu schaffen. Der Preis, den die Arbeiterklasse für den Rückfall in die vormarxistische Periode der Arbeiterbewegung zahlt, ist ungeheuer. Er beträgt Millionen Tote und Kriegskrüppel und die Vernichtung der materiellen Werte zweier Generationen. Das ist das Ergebnis der sogenannten positiven Zusammenarbeit von Sozialisten mit der Kapitalistenklasse auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet. Das konzentrierte Großkapital unterwirft seinem Profitinteresse nicht nur die parlamentarischen, sondern auch die faschistischen Regierungen, beherrscht mit seiner Geldmacht die Welt und wo es auf Widerstand stößt, versucht es, ihn mit militärischer Gewalt zu brechen.

Die Arbeiter schaffen den Reichtum, den sie selbst entbehren, und die Not, die sie bedrückt. Indem sie einen Überfluß erzeugen, machen sie sich selbst überflüssig. Um den Überfluß absetzen zu können, rüsten die Imperialisten zum Krieg, dessen materielle und Blutopfer wiederum die breiten Massen zahlen. Überschüssige Waren und überzählige Menschen! Die Kapitalistenklasse, die der Gesellschaft die Verfügung über die gesellschaftliche Produktion entzieht, wird selbst zum Sklaven blind waltender Gesetze, die die kapitalistische Entwicklung hervorbringt. Wenn die herrschende Kapitalistenklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern von ihrer Arbeiterklasse und ihren Werktätigen nicht wirksam bekämpft wird, kann sie den Krieg gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker Ostasiens und Afrikas vorbereiten und führen.

Die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder beschränkt sich egoistisch darauf, ihre kleinen Augenblicksinteressen denen des Weltkapitals entgegenzustellen. Die chinesischen, indochinesischen und afrikanischen Völker, die um ihre Befreiung von kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung kämpfen, verfechten gleichzeitig die Weltinteressen des Proletariats, die die Arbeit-

terklassen der imperialistischen Länder preisgegeben haben. Die imperialistische Bourgeoisie erkaufte sich den Burgfrieden mit einigen Trinkgeldern, die sie für Sozialpolitik und Unterstützung der Kriegs- und Arbeitsopfer bewilligt und die sie aus der unbezahlten Mehrarbeit ihrer Werktätigen finanziert. Mit dem Rückfall der westeuropäischen Arbeiterklasse in die Methoden, mit denen die Kleinbürger gegen die Großbürger kämpften, um ihre realen Kleinbürgerinteressen zu verteidigen, d. h. in den Spießbürgersozialismus, sinkt die Arbeiterschaft eine Stufe unter die Kleinbürger.

Wie die SPD vor 1914 das Weltgeschehen erklärte

Die westlichen Sozialdemokraten, die mit ihrer Bourgeoisie gemeinsam für die kapitalistische „Freiheit“ gegen die „bolschewistische Unfreiheit“ kämpften, stehen blind den gegenwärtigen Ereignissen gegenüber. Ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bildet ihr Kampf gegen die Kolonialpolitik bis 1914. Sie erklärte den Massen die Revolution, die das neue imperialistische Weltsystem der Handelsstaaten bedeutete.

Die Kultur des klassischen Altertums beruhte auf den mannigfaltigen Handelsbeziehungen, die es über das Mittelmeer mit dem Orient verbanden. In dem Maße, in dem das europäische Festland besiedelt wurde, entstand eine große Weltverkehrsstraße vom Indischen Ozean und der Levante über Venedig und den Brenner, durch ganz Mitteleuropa zur Nordsee mit Abzweigungen nach dem atlantischen Ozean. Diese Welthandelsstraßen beeinflussten die ganze Städteentwicklung des europäischen Mittelalters. Die Umschiffung Afrikas und die Entdeckung Amerikas warf dieses Handelssystem über den Haufen und verwandelte das Mittelmeer in einen Binnensee, was die Länder der Levante und Süddeutschland dem Verfall zuführte. Der Weltverkehr legt sich an die Gestade der Länder des Atlantiks. Mit der Entwicklung der Dampfschiffahrt und der Besiedlung Nordamerikas durch Einwanderer aus der überschüssigen Bevölkerung des sich zum Kapitalismus entwickelnden Europa entsteht mit dem Fortschreiten der neuen Technik die neue Gruppierung der Handelsstaaten, das Weltsystem der Länder des Stillen Ozeans. Mit der Besiedlung der amerikanischen Westküste übernimmt Amerika die Führung im Kampfe um den Stillen Ozean und entreißt England, Frankreich und Holland den Einfluß über die von diesen beherrschten Küsten und Inseln Asiens.

Die Industrialisierung Asiens zerstört die Jahrtausende alte Kultur dieser Länder. Japan eignet sich die kapitalistische Technik rasch an und wird zum schärfsten Konkurrenten Europas und Amerikas. Der einsetzende Kampf der chinesischen und indochinesischen Völker gegen die Fremdherrschaft verhindert die Industrialisierung Chinas und verlangsamt die Indiens. Der Sieg der Revolution in Rußland 1917 verhindert die Aufteilung und Industrialisierung Rußlands durch den anglo-amerikanischen Imperialismus.

Ohne den Sieg der russischen Revolution und ohne den erfolgreichen Widerstand des chinesischen Volkes in einem fast hundertjährigen Krieg und Bürgerkrieg hätten heute Europa und Amerika mit der Konkurrenz dieser industrialisierten Riesenländer zu rechnen. Sie würden mit ihrer niedrigen Lebenshaltung Löhne und Existenzbedingungen der europäischen und amerikanischen Werktätigen auf ein Niveau herabdrücken, das diese zu revolutionären Kämpfen zwingen müßte, die noch brutaler sein würden als jene, die z. Zt. in China und Indochina geführt werden. Die Tatsache, daß die von marxistischer Einsicht auf spießbürgerliche Kirchturmpolitik herabgesunkenen Partei- und Gewerkschaftsführer diese Weltzusammenhänge nicht sehen und begreifen, ändert nichts daran, daß sie bestehen und die Grundlage der heutigen Weltspannungen darstellen. Dem Geschrei von der „gelben Gefahr“ als einer Rassengefahr setzte die sozialdemokratische Politik 1907 die marxistische Antwort entgegen: die Kullgefahr ist keine Rassen- sondern eine Klassenfrage. Dem Geschwafel Wilhelms des Letzten an die deutschen Truppen, die gegen den Boxeraufstand geschickt wurden, antwortete das Solidaritätsbekenntnis der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter mit dem chinesischen Volk.

Bao Dai aus den Animerlokale Hongkongs und setzte als Strohhalm über das „unabhängige Vietnam, als einem Teil innerhalb der französischen Union“. Bao verbringt jetzt seine Zeit mit Nachtleben teils in Nizza und teils in Hongkong. Die USA-Imperialisten sehen die Notwendigkeit der französischen Kolonialherrschaft mit Schadenfreude.

Thomas Dewey erklärte Süd-Ost-Asien zum Eckpfeiler der Pazifik-Verteidigung. 1950 schließen die USA ein finanzielles Abkommen mit Frankreich zur Unterstützung des Kampfes gegen den „Kommunismus“. Der Kampf der Franzosen gegen Vietnam kostet Frankreich in den letzten Jahren 700 bis 800 Milliarden Francs pro Jahr. Es hat mehr als 30.000 Mann verloren. In Laos und Kambodscha besteht eine Vietnam-Bewegung mit gleichem Programm, die koordiniert mit dem Norden kämpft. Die Vietnam-Truppen wurden in Laos und im Gebiet von Luang-Prabang als Befreier begrüßt. Diese Unterstützung durch die Bevölkerung ist die Basis der Vietnam-Truppen. Die Überläufer der von den Franzosen ausgebildeten Vietnam-Truppen und die amerikanischen Waffen und Ausrüstungen, die sie mitbringen, sind entscheidender als die chinesischen Lieferungen. Werden die USA Südkoreaner und Tschiang-Kai-Schek-Truppen einsetzen, so wird der Vietnam bald noch besser mit moderner Ausrüstung versorgt sein. Es wiederholt sich, was 1948/49 in China den Sieg über Tschiang-Kai-Schek so beschleunigte. Der entscheidende Teil des Volkes unterstützt den Kampf gegen die imperialistische Fremdherrschaft und ihre Helfer.

Wo immer sich ein Volk gegen französische, englische oder amerikanische Eroberer erhebt, sympathisieren die Massen Ostasiens mit den Gegnern des Imperialismus. Keine amerikanische Propaganda bewirkt, daß die asiatischen Volksmassen China als Eroberer betrachten, solange es seine Pflicht erfüllt und Solidarität mit den Gegnern der Imperialisten übt.

Im Bonner Karpfenteich

Gemessen an diesem, den Ablauf der Weltgeschichte bestimmendem Geschehen im fernen Ostasien, zeigt die „große Debatte im Bundesparlament“ wie kläglich es um Deutschland bestellt ist. Wenn die Folgen dieser Politik der parlamentarischen Kretins nicht so verhängnisvoll wären, könnte man sich damit begnügen, diese Falstaff-Figuren in ihrer Lächerlichkeit sich selbst zu überlassen. Es ist nur grotesk, wie sie sich wichtig machen. In der Art: „So führt' ich meine Klinge. Bald lag ich unten, bald er oben ...“ usw.

Die SPD rühmt sich, den „parlamentarischen Kampftag“ über die westdeutsche Außenpolitik erzwungen zu haben. Der große Erich Ollenhauer trat selber auf die Rednertribüne und verzapfte prahlerische Plattheiten. Das „Hamburger Echo“ berichtet:

„Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD, gab sodann die Vorschläge seiner Partei zur Außenpolitik, zur Saarlösung und zur Wiedervereinigung Deutschlands bekannt. Er betonte die Verbundenheit der Sozialdemokratie mit dem Westen und ihre Bereitschaft, an der Verteidigung der Demokratie mitzuwirken. Er setzte sich ferner für eine Politik ein, die die allgemeine international kontrollierte Abrüstung zum Ziele habe.

Ollenhauer lehnte die EVG als Mittel zur Sicherheit ab und forderte stattdessen ein Sicherheitssystem innerhalb der UNO, das weder von Moskau noch von den Westmächten als Bedrohung empfunden werde. Dann werde man auch der deutschen Wiedervereinigung näherkommen.

Ollenhauer forderte dazu auf, endlich mit einer Politik Schluß zu machen, die die EVG zur Weitanschauung des guten Europäers mache. Überall würden Alternativmöglichkeiten erörtert, und dies solle man auch in Bonn tun, denn die EVG habe keine echte Chance mehr.

Für die Verteidigung des Westens gebe es noch andere Möglichkeiten als die EVG. Diese Möglichkeiten würden überall in der Welt öffentlich diskutiert. Die SPD halte die Mitarbeit der Bundesrepublik in einer umfassenderen Koalition als sie der EVG-Vertrag vorsieht, für möglich, wenn drei Voraussetzungen erfüllt seien: Volle Gleichberechtigung aller Partner, gleiches

Maß an Sicherheit für die Bundesrepublik und vertragliche Festlegung, daß die Bundesrepublik von ihren Verpflichtungen entbunden ist, wenn sich eine ernsthafte Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ergibt.

In der Deutschlandfrage warf Ollenhauer den Westmächten vor, nicht genug für die Beseitigung der Spaltung Deutschlands zu tun. Er verlangte ein Viermächteabkommen, das für die beiderseitigen deutschen Behörden den Rahmen für die Regelung des innerdeutschen Verkehrs absteckt oder aber eine entsprechende Vollmacht der drei Westmächte für die Bundesregierung. Man dürfe das nicht mit der sogenannten Anerkennung Pankows verquicken. Es gehe um die Deutschen in der Sowjetzone.

Zur Saarfrage sagte Ollenhauer, keine deutsche Teilregierung und keine Besatzungsmacht habe das Recht, vor Abschluß eines Friedensvertrages über deutsche Gebiete und deutsche Bevölkerungsteile zu verfügen. Das gelte für Ost und West. Er bedauerte, daß die Bundesregierung nicht schon vor vier Jahren gemäß den Vorschlägen Dr. Schumachers mit Frankreich Abkommen über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen an der Saar angestrebt habe.

Ollenhauer forderte abschließend die Sowjetregierung auf, die Annäherung der beiden Teile zu erleichtern, durch Taten zu bekräftigen und die Sowjetzonen-machthaber entsprechend zu beeinflussen. Die Sowjets könnten nicht daran vorübergehen, daß das deutsche Volk sich weder volksdemokratisieren noch sowjetisieren lassen wird.“

Wahrhaftig, gegenüber diesem Philister, der der Kapitalistenklasse gut zuredet, statt die Parlamentaristriebe zu benutzen, um die proletarisch-sozialistische Alternative zu entwickeln, ist Adenauer ein politischer Charakter. Die SPD hat den traurigen Mut, unter den Schutz der amerikanischen Atomgeschütze zu flüchten, statt die westdeutschen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern der Ostzone für die Interessen aller deutschen Werktätigen im Lager des Sozialismus gegen bürokratische Bevormundung und Terror aufzurufen, zum Kampf um die Arbeiterdemokratie auf der in der Ostzone gegebenen sozialistischen Wirtschaftsgrundlage.

Adenauer betont ebenfalls die gemeinsame Grundhaltung von Regierung und Opposition hinsichtlich des Ziels. Die „verschiedene Methode“, welche die Opposition angeblich hat, kann er mit Fug und Recht als nebensächliche Wunschträume abtun. Er sagt:

„Europa dürfe nicht an der Saarfrage scheitern. Die Bundesregierung sei bereit, mit Frankreich auf der Grundlage des Natersplanes über die Saar weiterzuverhandeln.

Man habe kein Mittel, Frankreich zum Verzicht auf seine Position an der Saar zu bringen. Der deutsche Standpunkt in der Saarfrage habe leider nicht die Unterstützung der anderen Mächte gefunden. Darum führe es auch zu nichts, wenn man in eine weltläufige und tiefgründige Untersuchung über die aktuelle Rechtslage eintrete.

Wenn wir keine Chance haben für die Realisierung unseres noch so begründeten Rechtsstandpunktes die Unterstützung der Welt zu gewinnen, so bleibt uns, wenn wir eine realistische Politik machen wollen, nichts anderes übrig, als Ausschau nach einer neuen Lösung zu halten.

Der Natersplan verknüpfe die Saarlösung mit der europäischen Entwicklung.“

Adenauer und der deutschen Kapitalistenklasse kommt es darauf an, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Wenn die französische Kapitalistenklasse das Saargebiet — ihre einzige Beute im zweiten Weltkrieg — nicht der deutschen Remilitarisierung zuliebe herausrücken will und darin von den USA gestützt wird (weil ohne französische Mitwirkung der Brückenkopf nicht geschaffen werden kann), so verzichtet die deutsche Kapitalistenklasse eben auf die Saar. Das ist vom kapitalistischen Standpunkt aus ganz klar. Die SPD macht sich nur lächerlich, wenn sie sich bemüht, den Schwanz zu retten, nachdem sie die Kuh preisgegeben hat.

Wahrhaftig, Philisterbeschränktheit, Dein Name ist SPD!

„Verdammt in alle Ewigkeit“

Dieser großartige, realistische Film hat eine so breite Publikumsdiskussion ausgelöst wie kaum ein anderer Film nach dem Kriege. Schon sein Titel ist ein Programm. Die acht Oscars, die er bekommen hat, sind zweifellos eine Überbewertung. Jedoch sein hohes künstlerisches Niveau, seine brennend aktuelle Problemstellung und umstrittene Tendenz rechtfertigen eine ausführliche Darstellung und Kritik.

Das Drehbuch stützt sich auf den gleichnamigen Roman von James Jones. Fast alle Pressekritiken wiesen darauf hin, daß es der Drehbuchautor mit Bravour verstanden hat, die antimilitaristischen Grundtendenzen des Romans weitgehend zu neutralisieren. Selbst „Der Monat“, eine von der amerikanischen Hochkommission finanzierte und herausgegebene, repräsentative Zeitschrift kann nicht umhin, festzustellen, daß „der Roman ... vielschichtiger, asozialer und weniger patriotisch als der Film“ ist. An anderer Stelle heißt es im gleichen Aufsatz: „Unmerklich ist aus dem aufsässigen, aufwühlenden, erschreckenden Roman von James Jones das hohe Lied des braven Soldaten geworden“.

Der Beginn der Filmstory fällt in die letzten Monate vor dem Eintritt der USA in den Krieg. Der „Held“ des Films, der Berufssoldat Prewitt hat sich von seinem alten Haufen weggemeldet, weil ihm, als vorzüglichem Trompeter, ein schlechterer Mann vor der Nase befördert worden ist. Nach Honolulu versetzt, gerät er vom Regen in die Traufe. Sein neuer Kompaniechef, Hauptmann Holmes, ist eine ausgesprochene Nieme, behaftet mit einer unübertrefflichen Arroganz, der die Führung seinem Spieß, dem Hauptfeldwebel Warden, überläßt.

Der Hauptmann hat einen Boxfimmel, er hofft, bei den kommenden Regimentssportkämpfen mit seiner Mannschaft gut aufzufallen, um dadurch endlich Major zu werden. Er will Prewitt, der als früherer Armeeboxer einen guten Namen hat, für die Mannschaft gewinnen. Aber der will nicht mehr boxen, weil er vor Jahren bei einem Training seinen besten Freund blind geschlagen hat. Prewitt wird unter Druck gesetzt mit Mittein, die jeder kennt, der einmal Soldat gewesen ist. Er wird „geschliffen“, er muß durch den Schlamm robben, Fußboden scheuern, laufend Küchendienst machen — vor lauter Strafdienst kommt er kaum noch in den Schlaf. Wochen, monatelang geht das so, aber Prewitt bleibt hart und gewinnt dadurch viele Freunde in der Kompanie. Selbst der Spieß zollt ihm insgeheim Bewunderung und wird fast zu seinem Freund.

Prewitts bester Freund, der Soldat Angelo Maggio, begeht inzwischen ein Wachvergehen und kommt in die Strafanstalt. Von dem dortigen Sergeanten — „eine richtige KZ-Wärter-Gestalt“ („Der Monat“) — wird er buchstäblich zu Tode geprügelt. Prewitt rächt seinen Freund, indem er diesen Sergeanten in einem dunklen Hinterhof des Vergnügungsviertels ersticht. Selbst schwer verletzt, wagt er sich nicht zu seiner Einheit zurück. Er flieht zu einem Mädchen, das er im „Club“ (einem Haus von zweifelhaftem Ruf) kennengelernt hat, in ein abseits gelegenes Landhaus, und wird so zum Deserteur. Der Spieß, der die Zusammenhänge ahnt, versucht ihn zu decken und macht keine Meldung von seinem Fernbleiben.

Hier ungefähr beginnt der Bruch im Drehbuch offenkundig zu werden. Jetzt geht es im patriotischen Text weiter: Die vorgesetzte Armeedienststelle hat inzwischen die Unfähigkeit des Hauptmanns Holmes erkannt und stößt ihn wegen Pflichtverletzung aus der Armee aus. Ein neuer Offizier übernimmt die Kompanie, ein neuer frischer Wind weht, und die ganze Affäre Prewitt wird dadurch zu einem individuellen Ausnahmefall gestempelt.

Diese Tendenz steigert sich soweit, daß der nun folgende Schluß fast zu einem sentimentalen, patriotischen Rührstück entartet: Am folgenden Tag überfallen japanische Flugzeuge Pearl Harbour. Sie greifen auf ihrem Rückflug die Kasernen von Honolulu mit Bordwaffen an. Der Krieg ist da. Der immer noch nicht ausgeheilte Deserteur Prewitt hört am Radio die Nachricht vom Kriegsausbruch. Er rafft sich auf und macht sich augenblicklich fertig. Als er seinem Mädchen sagt, daß er zu seiner Kompanie zurück will, wirft sie sich ihm entgegen und erinnert ihn daran, wie man ihn behandelt und zu einem

Stück Dreck gemacht hat, nur weil er nicht boxen wollte. Er schiebt sie zurück und spricht sinngemäß die Phrase aus: „Die Armee ist mein Zuhause ...“

Als er des Nachts auf die Kasernen seiner Einheit zuschleicht, wird er von einer Streife gestellt. Als er auf den „Halt“-Ruf nicht stehenbleibt, fällt er in der Garbe einer Maschinenpistole.

„Prewitt und Maggio sind tot, aber andere Männer bleiben zurück, um den Krieg weiterzuführen; den Krieg, der dieses unnatürliche und ungerechte Garnisonsleben ablöst und gleichsam exkulpiert (entschuldigt)“ („Der Monat“). Diese Tendenz wird ebenfalls unterstrichen durch die nebenherlaufende Liebesgeschichte des Hauptfeldwebels Warden, der die Offiziersfrau zugunsten seiner Liebe zur Armee aufgibt.

Das Ganze ist sehr überzeugend gemacht. Keine primitive Schwarz-Weiß-Zeichnung, sondern eine lebendige Schilderung der einzelnen Typen und vor allen Dingen des Kasernenhofmilieus. Die Aufnahmen von den Schreibstuben, Exerzierplätzen und Schlafsälen sind so echt, daß man den Kasernenhof förmlich zu spüren meint. Echt ist die Darstellung der „Freizeitgestaltung“, wie die Soldaten ihre Langeweile in Bordells und Kneipen totschielen. Absolut echt und realistisch ist die Schilderung, wie Prewitt und Maggio „fertiggemacht“ werden.

Diese realistische Darstellung hat zweifellos auf das Publikum stärker gewirkt als die patriotischen Schlußlichter des Films, die oft ganz übersehen werden. Dabei spielt die besondere Situation, wo die Remilitarisierung vor der Tür steht, eine große Rolle. Im Amt Blank hat man sich den Kopf darüber zerbrochen, ob man versuchen soll, die Aufführung des Films zu verhindern („Hamburger Echo“, 3. April). Augenscheinlich war man sich über seine Wirkung zu dem gegebenen Zeitpunkt vollständig im Klaren. „Die Deutsche Soldatenzeitung“, Nr. 14, bezeugt, daß der Film ... im Grunde seines Inhalts soldatisch sauber ist“. Aber sie hat eine Befürchtung und die ist Gold wert:

„Der junge Mensch kann sehr leicht zur Auffassung kommen, daß es in jeder amerikanischen Infanteriekompanie so zugeht wie hier und darüber hinaus, daß der Betrieb einer deutschen Kompanie mit den gleichen Erscheinungen belastet sei. Damit würde aber das Kind mit dem Bade ausgegossen.“

In München wurde der Film zweimal einem geladenen Kreis von ehemaligen Soldaten und Offizieren vorgeführt und diskutiert. Heraus kam dabei nicht viel. Die einen sagten: so war es; die anderen: so war es nicht. Allerlei Vorschläge, wie man Auswüchse verhindern könne, mögen ganz ehrlich gemeint sein, aber stärken nur die Legende vom „Bürger in Uniform“, mit der man die Jugend jetzt einfangen will.

Hans Werner Richter, Autor des Landserrromans „Die Geschlagenen“, zeigte sich als einer der wenigen Realisten, als er feststellte, ... daß der deutsche Kommis wiederkommt, so wie wir ihn alle erlebt haben.“

„Die letzte Brücke“

In den westdeutschen Kinos läuft ein Streifen, der in österreichisch-jugoslawischer Gemeinschaftsproduktion gedreht wurde und vom Partisanenkrieg in Jugoslawien handelt. Ohne politische Aufdringlichkeit läßt er vor unseren Augen den großartigen Kampf der jugoslawischen Befreiungsarmee abrollen mit Bildern, deren aufwühlende Schlichtheit und feinführende Gestaltung ihn unvergeßlich machen.

Die bürgerliche Filmkritik, soweit sie sich überhaupt positiv dazu ausließ, beugte sich trübsenerfüllt über den Geist der Humanität und Menschlichkeit, der angeblich dieses Kunstwerk beseeelen soll und aus ihm eine Mahnung gegen den Krieg schlechthin rasche. Rührseligkeit ist der Ausweg, in den die bürgerliche Anschauung flüchtet, weil sie sich der dramatischen Wucht des Dargestellten nicht entziehen kann, aber seinen revolutionären Hintergrund verleugnen muß.

In Wirklichkeit ist die laute menschliche Gestenung der jungen deutschen Ärztin, die von den ärztlichen Beistand suchenden Partisanen entführt wird und zuerst widerwillig, dann aber aus freien Stücken ihrer Semari-